

Juli 2026

Länderbericht

Auslandsbüro Frankreich



Senatswahlen in Frankreich

Der Senat als Stabilitätsanker in Zeiten des turbulenten Präsidentschaftswahlkampfes

Anja Czymmeck, Max Willem Fricke, Nele Katharina Wissmann

Ganz Europa blickt mit Spannung auf die 2027 anstehende Präsidentschaftswahl in Frankreich. Dabei wird häufig vergessen, dass bereits im Spätsommer 2026, am 27.09.2026, eine weitere wichtige Wahl die politische *Rentrée* prägen wird: die Teilerneuerung des Senats.

Die hohe Kammer des französischen Parlaments umfasst 348 Senatorinnen und Senatoren, die für jeweils sechs Jahre gewählt werden, wobei alle drei Jahre die Hälfte der Sitze neu vergeben wird. Die letzten Senatswahlen am 24. September 2023 bestätigten die bestehende bürgerlich-konservative Mehrheit. Gewählt wird der Senat nicht direkt, sondern durch ein Wahlkollegium (*Grands Électeurs*), das sich überwiegend aus kommunalen Mandatsträgern sowie Abgeordneten auf nationaler und regionaler Ebene zusammensetzt; die Wahl erfolgt auf Ebene der Départements (repräsentieren die Wahlkreise für die Senatswahlen) und das passive Wahlalter beträgt 24 Jahre.

Der Wahlmodus variiert je nach Größe der Wahlkreise: In Départements mit bis zu drei zu vergebenen Mandaten – was die Mehrheit darstellt – gilt ein Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen, während in größeren Départements mit vier oder mehr Sitzen nach Verhältniswahlrecht gewählt wird. Dieses System verleiht insbesondere kleineren und ländlichen Gebietskörperschaften ein überproportionales Gewicht.

Vor diesem institutionellen Hintergrund deutet vieles darauf hin, dass der Senat auch nach den Wahlen von einer stabilen bürgerlich-konservativen Mehrheit geprägt bleiben wird. Gleichwohl könnten sich wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl politisch symbolische Verschiebungen ergeben – insbesondere durch den möglichen Aufbau einer eigenen Fraktion des Rassemblement National (RN). Derzeit stellt die Partei lediglich drei Senatoren, könnte jedoch angesichts ihrer gestärkten kommunalen Verankerung die für eine Fraktionsbildung erforderliche Schwelle von zehn Mandaten erreichen.

Das bürgerlich-konservative Lager: Siegesicher aber wachsam

Im Vorfeld der Senatswahlen richtet sich der Blick zunächst auf das bürgerlich-konservative Lager, das strukturell die stärkste Ausgangsposition innehat.

Die bürgerlich-konservative Senatsmehrheit blickt den Wahlen mit großer Gelassenheit entgegen. Nachdem sie bei den Kommunalwahlen im März 2026 ihre starke Verankerung in der Fläche behaupten konnte, sieht sie ihre dominierende Stellung in der hohen Kammer nicht ernsthaft gefährdet. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt im Wahlmodus des Senats, der die kommunale Verankerung der Parteien besonders stark in Mandate übersetzt und damit strukturelle Vorteile für das bürgerlich-konservative Lager schafft.

Das Lager ist weiterhin vor allem in mittelgroßen Städten und im ländlichen Raum stark vertreten. Diese Gebiete verfügen bei den indirekten Senatswahlen über ein

überproportionales Gewicht, während große urbane Zentren, in denen linke Parteien häufig bessere Ergebnisse erzielen, weniger stark ins Gewicht fallen. Entsprechend zeichnen sich eher regionale Verschiebungen als ein grundlegender Wandel der Kräfteverhältnisse ab: Während die Bürgerlich-Konservativen insbesondere im Westen Frankreichs zusätzliche Mandate gewinnen könnten, drohen im Mittelmeerraum Verluste zugunsten des Rassemblement National (RN).

Das bürgerlich-konservative Lager dürfte damit seine starke Stellung im Senat behaupten. Auch personell zeichnet sich Kontinuität ab: Der amtierende Senatspräsident Gérard Larcher hat bereits seine erneute Kandidatur angekündigt. Angesichts der stabilen Mehrheitsverhältnisse gilt seine Wiederwahl als wahrscheinlich, was die institutionelle Kontinuität des Senats weiter festigen würde.

Damit dürfte der französische Senat auch in der zweiten Hälfte des Jahres 2026 seiner Rolle als Hüter der öffentlichen Finanzen und als Vertreter der Gebietskörperschaften besonderen Nachdruck verleihen.

Im Zentrum der parlamentarischen Arbeit werden dabei zunächst die großen finanz- und gesellschaftspolitischen Vorhaben für das Jahr 2027 stehen. Traditionell beginnt im Oktober die Beratung des Haushaltsgesetzes (PLF 2027). Angesichts des weiterhin hohen Staatsdefizits dürften Fragen der Haushaltskonsolidierung, mögliche Sparmaßnahmen, die Steuerpolitik sowie die Finanzierung der Gebietskörperschaften im Mittelpunkt stehen. Die bürgerlich-konservative Mehrheit wird dabei insbesondere auf eine strikte Haushaltsdisziplin und den Schutz der finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen drängen.

Parallel dazu steht die Beratung des Sozialversicherungsbudgets (PLFSS 2027) auf der Tagesordnung. Erneut werden kontroverse Debatten über die Finanzierung des Gesundheitssystems, die Renten sowie die Pflegeversicherung erwartet. Obwohl die Rentenreform von 2023 derzeit ausgesetzt ist, hat sich die bürgerlich-konservative Senatsmehrheit wiederholt gegen eine dauerhafte Rücknahme dieser Reform ausgesprochen. Entsprechend ist zu erwarten, dass sie im Rahmen der weiteren Beratungen darauf drängen wird, die Aussetzung nicht zu verstetigen und mittelfristig zu einer Anwendung der ursprünglichen Reform zurückzukehren. Aus Sicht der Senatsmehrheit bleibt die Reform ein zentraler Baustein zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen.

Insgesamt geht das Lager damit aus einer Position relativer Stärke in die Wahlen, auch wenn regionale Verluste und neue Konkurrenzkonstellationen nicht völlig auszuschließen sind.

Die Ausgangslage der Linken: Zersplitterung als Risiko

Deutlich unsicherer stellt sich die Ausgangslage hingegen für das linke Lager dar, das weiterhin unter strukturellen und strategischen Herausforderungen leidet.

Ein möglicher Verlierer der Entwicklungen sind insbesondere die Grünen. Verluste bei den Kommunalwahlen im März 2026 in großen Städten wie Bordeaux und Straßburg könnten sich direkt auf ihre Chancen bei den Senatswahlen auswirken. Dennoch ist nicht von einer existenziellen Gefährdung der Grünen-Fraktion im Senat auszugehen; entscheidend wird vielmehr sein, ob es der Linken insgesamt gelingt, ihre Sitzverluste zu begrenzen. Dabei kommt es insbesondere auf die Fähigkeit des Lagers an, stärkere strategische Abstimmungen zwischen den Parteien zu erreichen.

Dabei zeigt ein Blick auf vergangene Wahlen, dass die fehlende Geschlossenheit des linken Lagers regelmäßig zu Einbußen geführt hat. Konkurrenz zwischen Listen und mangelnde Koordination haben wiederholt dazu beigetragen, dass Stimmen fragmentiert und Mandate verpasst wurden. Diese strukturelle Schwäche dürfte auch im aktuellen Wahlzyklus fortbestehen.

Vor diesem Hintergrund versucht die linkspopulistische La France insoumise (LFI), ihre Position auszubauen. Gestützt auf verbesserte Ergebnisse auf kommunaler Ebene strebt sie weniger eine dominante Rolle im Senat an als vielmehr eine strategische Schlüsselposition in einzelnen Wahlkreisen. Ziel ist es, durch gezielte Kandidaturen zum entscheidenden Faktor zwischen konkurrierenden Listen zu werden.

Gleichzeitig verschärft dies die Spannungen innerhalb der Linken. Während Teile der Grünen offen für pragmatische Kooperationen bleiben, ist die Zusammenarbeit mit LFI nicht selbstverständlich und politisch umstritten. Auch die Sozialistische Partei verfolgt eine selektive Bündnispolitik, die nicht zwingend alle Akteure der radikalen Linken einschließt. Insgesamt deutet sich damit eine fragmentierte linke Landschaft an, in der Wahlerfolge stark von lokalen Allianzen und taktischen Absprachen abhängen werden.

Damit bleibt die Linke insgesamt ein entscheidender, aber zugleich schwer kalkulierbarer Faktor, dessen Wahlerfolg maßgeblich von lokaler Kooperation und strategischer Geschlossenheit abhängen wird.

Rassemblement National: Auf dem Weg zur Fraktionsbildung

Eine der dynamischsten Entwicklungen im Vorfeld der Wahlen betrifft den Rassemblement National (RN), der seine parlamentarische Verankerung ausbauen will.

Zentrales Ziel der Partei ist die erstmalige Bildung einer eigenen Fraktion im Senat, wofür mindestens zehn Mandate erforderlich sind. Ausgehend von den aktuell drei Mandaten will sie bei der Wahl im September mehrere zusätzliche Sitze gewinnen und so diese Schwelle überschreiten. Günstig erscheint dabei vor allem die geografische Ausgangslage: Zahlreiche für die Partei aussichtsreiche Départements im Süden Frankreichs stehen zur Wahl, darunter Hérault, Gard, Bouches-du-Rhône, Vaucluse, Var und Alpes-Maritimes. In diesen Regionen kann der RN auf eine starke Wählerbasis zurückgreifen.

Ein weiterer Faktor ist die kommunale Verankerung der Partei. Die jüngsten Kommunalwahlergebnisse haben dem RN eine breitere Basis an lokalen Mandatsträgern in vielen kleineren Städten und strukturschwachen Regionen verschafft. Neben den klassischen Hochburgen versucht die Partei nun im Rahmen der Senatswahlen auch in weniger offensichtlichen Regionen Fuß zu fassen, etwa durch gezielte Kandidaturen und lokale Allianzen. Dabei spielt auch die Zusammenarbeit mit dem Umfeld von Éric Ciotti, dem abtrünnigen ehemaligen Vorsitzenden von LR, und der Union der Rechten (UDR) eine Rolle, was die Erfolgchancen zusätzlich erhöhen soll.

Trotz dieser optimistischen Einschätzung bleibt die Herausforderung bestehen, die notwendige Schwelle für eine Fraktionsbildung zu erreichen. Der RN setzt deshalb auf eine Kombination aus regionaler Stärke im Süden, wachsender kommunaler Präsenz und taktischen Bündnissen auf lokaler Ebene. Intern wird zudem diskutiert, ob auch einzelne Abgeordnete aus dem konservativen Lager für eine Zusammenarbeit oder sogar einen Wechsel gewonnen werden könnten, was jedoch politisch umstritten bleibt.

Wenn der RN im Senat tatsächlich erstmals eine Fraktion bilden kann, hätte das mehrere politische und strategische Folgen – besonders mit Blick auf die Präsidentschaftswahl. Zunächst würde der RN dadurch institutionell deutlich an Gewicht gewinnen. Eine Fraktion im Senat bringt zusätzliche parlamentarische Rechte, mehr finanzielle Ressourcen, mehr Mitarbeiter und vor allem mehr Sichtbarkeit im politischen Betrieb. Auch wenn der Senat weniger mediale Aufmerksamkeit erhält als die Nationalversammlung, würde eine eigene Fraktion den Eindruck verstärken, dass der RN fest in den zentralen Institutionen des Staates verankert ist.

Der Effekt wäre dabei vor allem politisch-symbolisch. Der RN könnte sich stärker als „vollwertige Regierungspartei“ präsentieren – nicht mehr nur als Protestbewegung, sondern

als Kraft mit struktureller Präsenz in beiden Parlamentskammern. Damit würde seine Strategie der Normalisierung und institutionellen Verankerung weiter voranschreiten.

Für die Präsidentschaftswahl ergäben sich daraus mehrere Vorteile. Eine Senatsfraktion böte zusätzliche Plattformen, um Themen zu setzen und kontinuierlich in nationalen Debatten präsent zu sein. Zugleich könnte der RN seine territoriale Verankerung gezielter hervorheben und lokale Wahlerfolge stärker mit einem nationalen Führungsanspruch verbinden.

Darüber hinaus dürfte sich auch das Kräfteverhältnis im politischen Spektrum verschieben. Eine gestärkte Position im Senat würde es dem RN ermöglichen, den Druck auf konservative Akteure zu erhöhen – sowohl im parlamentarischen Raum als auch mit Blick auf mögliche Kooperationen auf lokaler oder nationaler Ebene.

Insgesamt wäre eine Fraktionsbildung im Senat damit weniger ein technischer parlamentarischer Schritt als vielmehr ein strategischer Meilenstein im Vorfeld der Präsidentschaftswahl.

Macron-Lager: Zwischen Stabilität und strukturellen Grenzen

Das Macron-Lager geht insgesamt mit stabilen, aber politisch nur bedingt verwertbaren Ergebnissen aus den Kommunalwahlen in die Senatswahlen 2026.

Auf den ersten Blick sind die Resultate nicht schlecht: In vielen Gemeinden konnten Bürgermeisterämter gehalten oder neue lokale Mehrheiten gewonnen werden. Diese Zahlen wirken solide und sprechen zunächst nicht für einen klaren Rückgang der Regierungsparteien auf kommunaler Ebene.

Allerdings übersetzen sich diese Ergebnisse nur eingeschränkt in Einfluss bei den Senatswahlen. Viele kommunale Listen sind inzwischen nicht mehr eindeutig dem Präsidentenlager zuzuordnen, sondern eher lokal oder parteiübergreifend geprägt. Ein Teil der ursprünglich macronistischen Bürgermeister agiert zudem zunehmend unabhängig oder orientiert sich im politischen Spektrum eher in Richtung der konservativen Rechten. Dadurch bleibt die formale kommunale Präsenz zwar stabil, ihr Einfluss auf die Senatswahlmechanik ist jedoch weniger geschlossen und weniger effizient als bei stärker territorial organisierten Parteien.

Im Ergebnis verfügt das Macron-Lager zwar weiterhin über eine solide kommunale Basis, kann diese aber nur begrenzt in Senatssitze umwandeln. Statt Expansion dürfte daher die Sicherung bestehender Positionen im Vordergrund stehen. Im Senat selbst wird es vor allem darum gehen, Verluste zu begrenzen und die Rolle als zentristischer Vermittlungsblock zwischen den politischen Lagern zu bewahren, statt neue Mehrheiten aufzubauen.

Damit bleibt das Lager ein relevanter Akteur im institutionellen Gefüge, wird seine Rolle jedoch vor allem als moderierender und vermittelnder Faktor zwischen den politischen Blöcken ausfüllen.

Vom ungeliebten Senat zum wichtigen Gegengewicht der Regierung

Über die parteipolitischen Kräfteverhältnisse hinaus gewinnt auch die institutionelle Rolle des Senats zunehmend an Bedeutung.

Der französische Senat hat in den vergangenen Jahren seine Stellung im institutionellen Gefüge der Fünften Republik weiter gefestigt. Während seine indirekte Wahl und seine Rolle im Gesetzgebungsverfahren regelmäßig diskutiert werden, hat er sich insbesondere unter Emmanuel Macron als ein wichtiger Ort parlamentarischer Kontrolle und politischer Debatte profiliert.

In der Benalla-Affäre von 2018 um einen engen Mitarbeiter von Präsident Emmanuel Macron, der sich bei Demonstrationen unrechtmäßig als Polizist ausgab und gewaltsam gegen Demonstranten vorging, führte der Senat seine Untersuchungen konsequent zu Ende, während die Nationalversammlung sie frühzeitig einstellte. Auch bei der Untersuchung des umfangreichen Einsatzes privater Beratungsfirmen wie McKinsey durch den Staat sowie beim sogenannten Fonds Marianne, einem nach der Ermordung des Lehrers Samuel Paty eingerichteten Programm zur Bekämpfung islamistischer Propaganda, dessen umstrittene Mittelvergabe schließlich zum Ausscheiden der damaligen Staatssekretärin Marlène Schiappa führte, spielte der Senat eine zentrale Rolle.

Mit diesen Untersuchungen hat sich die zweite Kammer des französischen Parlaments als wirksames Kontrollorgan und als wichtiges Gegengewicht zur Exekutive etabliert. Die Zusammensetzung des Senats ist daher längst nicht mehr nur von institutioneller Bedeutung. Zwar hat die Nationalversammlung im Gesetzgebungsverfahren grundsätzlich das letzte Wort, doch verfügt der Senat über erhebliche Kontroll- und Einflussmöglichkeiten. Seine Untersuchungsausschüsse können politische Affären aufdecken, die öffentliche Debatte prägen und erheblichen Druck auf die Regierung ausüben. Darüber hinaus ist er ein wichtiger Akteur bei Verfassungsänderungen, für die beide Kammern zustimmen müssen.

Veränderungen in den Mehrheitsverhältnissen nach den Senatswahlen sind deshalb durchaus relevant für das politische Kräfteverhältnis in Frankreich und können die Handlungsspielräume der Regierung ebenso wie die Wirksamkeit parlamentarischer Kontrolle maßgeblich beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund sind die Senatswahlen nicht nur eine Frage parteipolitischer Mehrheiten, sondern auch entscheidend für die zukünftige Balance zwischen Regierung und parlamentarischer Kontrolle.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Anja Czymmeck
Leiterin Auslandsbüro Frankreich
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/frankreich

anja.czymmeck@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)